

Bayerische Bau-, Baustoff- und Wohnungswirtschaft sowie IG BAU fordern Neuausrichtung der Wohnungsbaupolitik

München, am 14. September 2010

Trotz zuletzt leicht anziehender Baugenehmigungszahlen verharrt der Wohnungsneubau in Bayern auf dem niedrigsten Niveau seit Bestehen der Bundesrepublik. Gleichzeitig steigen Einwohnerzahl, Zahl der Privathaushalte und energetische Anforderungen an den Wohnungsbau auch in diesem Jahr weiter an. Im Jahr 2009 wurden nur noch 31.335 Wohnungen in Bayern fertig gestellt. Dies entspricht weniger als einem Drittel der Mitte der neunziger Jahre jährlich fertig gestellten Wohnungen. Die Neubaurate liegt damit bei nur noch 0,5 %.

„Wenn sich die Wohnungsbaupolitik nicht umorientiert, droht der Wohnungsneubau zum Auslaufmodell zu werden. Die derzeitige Förderung des Wohnungsbaus verfehlt in weiten Bereichen die demografischen, Klimaschutz- und sozialpolitischen Anforderungen. Wir brauchen deshalb wieder ein Investitionsklima, das den Neubau stimuliert.“ Das sagte **Dr. Hannes Zapf**, Sprecher der Aktionsgemeinschaft Impulse für den Wohnungsbau, heute anlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz von Verbänden der bayerischen Bau-, Baustoff- und Wohnungswirtschaft sowie der IG BAU.

„Der Wohnungsbau kann enorme stimulierende Effekte auf die gesamte Wirtschaft ausüben. Allein beim Bau von zusätzlich 10.000 Einfamilienhäusern nimmt der Staat über eine Milliarde EURO zusätzlich ein. Bei einem typischen Mehrfamilienhaus mit 12 Wohnungen fallen bei Bruttoerrichtungskosten von 1,5 Mio. EURO bis zur Fertigstellung fast 0,4 Mio. EURO Steuern und rund 0,5 Mio. EURO Sozialabgaben an“, wies **Franz Xaver Peteranderl**, Präsident des Landesverbands Bayerischer Bauinnungen, auf die große wirtschaftliche Bedeutung des Wohnungsbaus hin.

Reiner Gehring, IG BAU, wies auf die Beschäftigungseffekte hin: „Ein Einfamilienhaus bringt ein Jahr lang 4 Bauarbeiter in Lohn und Brot. Wenn endlich wieder bedarfsgerecht Wohnungen gebaut werden, sichert das die Jobs von zehntausenden qualifizierten Bauarbeitnehmern.“

Andreas Eisele, Präsident des Landesverbands des BFW, betonte die Notwendigkeit der Förderung des Baus seniorengerechter Wohnungen. „Für die zunehmende Zahl älterer Menschen werden seniorengerechte Wohnungen benötigt. Nur jede einhundertste Wohnung erfüllt zurzeit diese Anforderungen. Ohne eine massive Neuorientierung der Förderung wird die Wohnqualität vieler älterer Menschen in Zukunft deutlich sinken.“

Alexander Lyssoudis, Mitglied des Vorstandes der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau wies darauf hin, dass etwa 83 % des heutigen Wohnungsbestandes nicht die aktuellen Kriterien für wirtschaftlich sinnvolle und energieeffiziente Wohnbauten erfüllen und bei vielen dieser Gebäude nur Bestandersatz durch Neubau in Betracht kommt.

Kastulus Bader, Vorstandsvorsitzender des Bayerischen Ziegelindustrieverbandes, erläuterte, dass insbesondere bei Nachkriegsbauten der Abriss und anschließender Neubau die sinnvollere Variante der Bestandssanierung ist.

Wolfgang Liebscher, Präsident des Bayerischen Industrieverbands Steine und Erden, betonte die Wichtigkeit des Wohnungsbaus für die Baustoffindustrie und plädierte, den Wohnungsbau wieder als Konjunkturlokomotive zu entdecken.

Die Aktionsgemeinschaft Impulse für den Wohnungsbau in Bayern repräsentiert Verbände der Bau- und Immobilienwirtschaft und die IG BAU mit ca. 5.000 Betrieben und etwa 75.000 Mitarbeitern sowie 5.700 in der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau organisierte Mitglieder.

Bayerische Bau-, Baustoff- und Wohnungswirtschaft sowie IG BAU fordern Neuausrichtung der Wohnungsbaupolitik

In einer gemeinsamen Erklärung fordert die Aktionsgemeinschaft neue Investitionsanreize für den Wohnungsbau in Bayern.

Die zentralen Forderungen lauten:

1. Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Wohngebäude

Verschiedene Beispielrechnungen belegen die positiven Effekte einer erhöhten Absetzung für Abnutzung (AfA) für den Wohnungsbau, die öffentlichen Haushalte sowie die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

2. Gleichstellung der Förderung von Sanierung und Neubau/Bestandersatz in den KfW-Programmen

Die derzeitige Förderstruktur begünstigt einzelwirtschaftliche Entscheidungen „pro Sanierung“. Dies führt zu volkswirtschaftlich suboptimalen Ergebnissen, denn sinnvoll ist die gleichzeitige energetische und altersgerechte Anpassung. Bei einigen Gebäudetypen ist unter diesen Voraussetzungen Abriss und Neubau die wirtschaftlichste Variante. Zudem lassen sich die neuen Anforderungen der EU an den Gebäudesektor am besten erreichen, indem Gebäude, die besonders viel Energie benötigen, durch neue ersetzt werden. Die notwendige Anpassung der Förderkriterien kann durch Verordnungen geregelt werden.

3. Aufstockung des KfW-Programms für „Altersgerechtes Bauen“ und Erweiterung auf Neubau/Bestandersatz

Die bereits im Koalitionsvertrag angekündigte Weiterentwicklung des KfW-Programms muss zügig umgesetzt werden. Das Fördervolumen sollte zukünftig auch Maßnahmen des Bestandersatzes umfassen und im Jahr 2010 auf zunächst 300 Mio. Euro sowie im Lauf der Legislaturperiode auf 750 Mio. Euro pro Jahr ausgeweitet werden.

Eine ausführliche Analyse enthält das „Positionspapier von Verbänden der Bayerischen Bau- und Wohnungswirtschaft und der IG BAU für den Wohnungsbau 2010“

Rückfragen:

Holger Seit

c/o Landesverband Bayerischer Bauinnungen

Tel.: 089 / 76 79 133

E-Mail: seit@lbb-bayern.de

Die Aktionsgemeinschaft Impulse für den Wohnungsbau in Bayern repräsentiert Verbände der Bau- und Immobilienwirtschaft und die IG BAU mit ca. 5.000 Betrieben und etwa 75.000 Mitarbeitern sowie 5.700 in der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau organisierte Mitglieder.

